

Protokoll

21. öffentliche Kreistagssitzung vom 14.12.2020, 29456 Hitzacker (Elbe), Verdo, Dr.-Helmut-Meyer-Weg 1

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

- . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
1. Genehmigung des Protokolls der 20. Kreistagssitzung vom 26.10.2020
2. Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten des Landkreises Lüchow-Dannenberg und Beschlüsse des Kreisausschusses
3. Kosten der Unterkunft
- 3.1. Antrag der Gruppe grüne X soli im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 21.11.2019: Warum zahlt in DAN fast die Hälfte der TransferleistungsempfängerInnen bei den Kosten der Unterkunft aus dem eigenen Budget zu? 2019/409
- 3.2. Antrag der SOLI-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 30.11.2020; Warum zahlt in DAN fast die Hälfte der TransferleistungsempfängerInnen bei den Kosten der Unterkunft aus dem eigenen Budget zu? Klärung, warum Bundesregierung und Kreisverwaltung
4. Eilantrag aller Fraktionen im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 07.12.2020: Impfzentrum 2020/727
5. Antrag der SOLI-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 27.10.2020: Sanierung von Radwegen an Kreisstraßen 2020/684
6. Antrag von Susanne Guhl (stimmberechtigtes Mitglied) vom 09.10.2020: generelle Übernahme der Kosten für die 3. Kraft in Krippengruppen ab dem Kita-Jahr 2020/2021 2020/664
7. Einwohnerfragestunde (vorauss. 16.00 Uhr)
8. Haushalt 2021; Aussprache und Beschlüsse zum; a. Haushalts sicherungskonzept; b. Stellenplan; c. Haushaltsplan inkl. Mittelfristiger Ergebnis- u. Finanzplanung und Investitionsprogramm für die Jahre 2020 - 2024 2020/713
9. Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 09.06.2020: Gegen einen dreispurigen Ausbau der Bundesstraße 248 zwischen der Abzweigung Müggenburg bis zum Grabower Heidberg! 2020/555
10. Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogrammes
- 10.1. Antrag der Gruppe Elbe-Wendland im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 29.06.2020: Fortschreibung des RROP 2020/569
- 10.2. Antrag der SOLI-Kreistagsfraktion vom 28.10.2020: Fortschreibung des RROP: Ganzheitliches öffentliches Verfahren statt aktionistischem Stückwerk und Lobby-Politik
11. Mobilfunk 5G
- 11.1. Antrag der Gruppe grüneXsoli im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 13.08.2020: Generelle Diskussion und Beschlussfassung zum Mobilfunk 5G 2020/587
- 11.2. Antrag der SOLI-Kreistagsfraktion vom 28.10.2020: Generelle Diskussion und Beschlussfassung zum Mobilfunk 5G : Gesundheitsgefahr, Ressourcenverschwendung und Grundrechtseinschränkung durch smart Community
12. SeniorInnenpolitik
- 12.1. Antrag der Gruppe grüneXsoli im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 19.08.2020: Mitbestimmung stärken - SeniorInnenpolitik offensiv gestalten 2020/597
- 12.2. Antrag der SOLI-Kreistagsfraktion Lüchow-Dannenberg vom 28.10.2020: Mitbestimmung stärken – SeniorInnenpolitik offensiv gestalten: Beratendes Mitglied für SeniorInnen
- 12.3. Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 04.11.2020: Mitbestimmung stärken - SeniorInnenpolitik offensiv gestalten
13. Anweisung der VertreterInnen des Landkreises in den Gremien der GWBF
- 13.1. Antrag der Gruppe grüneXsoli vom 07.09.2020: Anweisung der VertreterInnen des Landkreises in den Gremien der GWBF, Dividendenüberschüsse nur für Maßnahmen des Klimaschutzes einzusetzen 2020/618
- 13.2. Antrag der SOLI-Kreistagsfraktion vom 28.10.2020: Anweisung der VertreterInnen des Landkreises in den Gremien der GWBF,

	Dividendenüberschüsse nur für Maßnahmen des Klimaschutzes einzusetzen	
14.	Änderung der Geschäftsordnung der Trägerversammlung des Jobcenters	
14.1.	Antrag der Gruppe grüneXsoli vom 07.09.2020: Änderung der Geschäftsordnung der Trägerversammlung des Jobcenters	2020/619
14.2.	Antrag der SOLI-Kreistagsfraktion vom 28.10.2020: Änderung der Geschäftsordnung der Trägerversammlung des Jobcenters: Rückkehr zu demokratischer Grundlage der Kommunalverfassung	
15.	Aufnahme geflüchteter Menschen	
15.1.	Antrag der Gruppe grüneXsoli im Kreistag vom 12.10.2020: Umsetzung des KT-Beschlusses vom 25.5.20 zur Aufnahme geflüchteter Menschen, insbesondere unbegleiteter Minderjähriger aus griechischen Lagern vor dem Hintergrund des abgebrannten Lagers Moria	2020/638
15.2.	Antrag der SOLI-Kreistagsfraktion vom 28.10.2020: Umsetzung des KT-Beschlusses vom 25.5.20 zur Aufnahme geflüchteter Menschen, insbesondere unbegleiteter Minderjähriger aus griechischen Lagern vor dem Hintergrund des abgebrannten Lagers Moria und de	
16.	Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 21.10.2020: Spezifische Ambulante Palliativversorgung im Landkreis Lüchow-Dannenberg sichern	2020/657
17.	Außerplanmäßige Ausgabe für den Erwerb eines Dienstwagen mit Elektroantrieb	2020/719
18.	Festlegung des Gebührenverzeichnisses für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung sowie Trichinenuntersuchung in der ambulanten Fleischschau ab 01.01.2021	2020/639
19.	Kostenübernahme für die Weiterbildung Heilpädagogischer Fachkräfte in Kindertagesstätten	2020/717
20.	Kita-Bedarf in der Samtgemeinde Lüchow: Anbau an die Ev.-luth. Kita Lüchow zur Einhaltung der Betriebserlaubnis	2020/671
21.	Kita-Bedarf in der Samtgemeinde Lüchow: Erweiterung der DRK-Kita Amtsfreiheit zur Gewährleistung der Kita-Bedarfe	2020/672
22.	Landschaftsschutzgebietes „Elbhöhen-Drawehn“	
22.1.	Neuabgrenzung des Landschaftsschutzgebietes „Elbhöhen-Drawehn“ im Bereich des Ortsteiles Sammatz	2020/588
22.2.	Antrag der SOLI-Kreistagsfraktion Lüchow-Dannenberg am 28.10.2020: Neuabgrenzung des LSG-Gebietes „Elbhöhen-Drawehn im Bereich des Ortsteiles Sammatz: Illegale Bebauungen beenden, Beeinträchtigungen des Altdorfes vermindern, keine dubiosen Vorratsflächen aus dem LSG entlassen	
23.	Abschluss einer Zweckvereinbarung zwischen dem Altmarkkreis Salzwedel und dem Landkreis Lüchow-Dannenberg über jährliche Ausgleichszahlungen für die Rabattierung von Schülersammelzeitkarten auf der Linie 8040 Lüchow-Salzwedel	2020/669
24.	Mitteilungen und Anfragen	
24.1.	Sachstand Breitband (Ständiger TOP)	
24.2.	Sachstand Brücke Neu-Darchau	
24.3.	Sachstand Digitalisierung der Schulen in Trägerschaft des Landkreises	2020/662
24.4.	Haushaltswirtschaftlicher Bericht zum 30.09.2020	2020/695
24.5.	Anfrage der SOLI-Kreistagsfraktion Lüchow-Dannenberg vom 28.10.2020: Kann man eigentlich im Kreistag egal zu welchem Zeitpunkt zu jedem Thema reden?	2020/708
24.6.	Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 22.11.2020: Zweckverband Gesundheitsamt	2020/720
24.7.	Anfrage der Soli-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 01.12.2020: Flächen "Arena" und "Waldsee" im LSG-Gebiet Sammatz	2020/725
24.8.	Anfrage der SOLI-Kreistagsfraktion Lüchow-Dannenberg vom 03.12.2020: Warum nutzt die Kreisverwaltung die Walderhaltungsabgabe nicht für Aufforstungen?	2020/728

Nicht öffentlicher Teil

25. Eröffnung der nichtöffentlichen Sitzung
26. Genehmigung des nicht öffentlichen Teils des Protokolls der 17. Kreistagsitzung vom 25.05.2020
27. Personalangelegenheiten:
28. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Anwesend:

Landrat Schulz, Jürgen
KTA Allgayer-Reetze, Patricia
KTA Bade, Heike
KTA Behrens, Karl
KTA Carmienke, Christian
KTA Dehde, Klaus-Peter
KTA Donat, Martin
KTA Dorendorf, Uwe
KTA Fathmann, Bernard
KTA Fricke, Christine
KTA Gallei, Matthias
KTA Gerstenkorn, Annegret
KTA Gottberg, Wilhelm von
KTA Hanke, Herbert
KTA Henke, Olaf
KTA Hennings, Matthias
KTA Hensel, Thorsten
KTA Herzog, Kurt
KTA Hildebrandt, Holger
KTA Hillmer, Birgitta
KTA Jacobs, Hans-Hermann
KTA Kaufmann, Horst
KTA Kelm, Andreas
KTA Kittmann, Dorothea
KTA Klepper, Hermann-Dieter
KTA Liebhaber, Manfred
KTA Maury, Hans-Udo
KTA Mertins, Holger
KTA Mützel, Bettina
KTA Pape, Hartmut
KTA Pengel, Mechthild
KTA Petersen, Andreas
KTA Petersen, Torsten
KTA Schaper-Biemann, Herbert
KTA Schneeberg, Peter
KTA Schöning, Markus
KTA Schulz, Heinz
KTA Schulz, Henning
KTA Siemke, Jörg Heinrich
KTA Socha, Frank
KTA Sperling, Udo
KTA Tzscheutschler, Joachim
KTA Wiegrefe, Wolfgang
Erste Kreisrätin Löser, Nadine Erste Kreisrätin
Kreisbaudirektorin Stellmann, Maria
Raguschat, Anna Victoria, Protokollführung
Erlebach, Sylvia, Fachdienstleiterin Finanzen
Schwarz, Jürgen, Fachdienstleiter Planung und Kreisentwicklung
Bauer, Kathrin, Landratsbüro
Weber, Jennifer, Landratsbüro
Koch, Jasmin, Landratsbüro
Gerlt, Corinna, Anwärtlerin
Perau, Laura-Marie, Auszubildende
Sawatzki, Marcel, Auszubildender

anwesend bis 16:58 Uhr

anwesend bis 18:44 Uhr
anwesend bis 18:13 Uhr

anwesend bis 16:47 Uhr

- entschuldigt -

Beginn:

14:30 Uhr

Ende:

18:48 Uhr

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Vorsitzender Mertins eröffnet die Kreistagsitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit mit 42 anwesenden Kreistagsabgeordneten und dem Landrat fest. Er informiert zudem über die geltenden Hygieneregulungen.

KTA Carmienke beantragt für die Gruppe Elbe-Wendland, den geplanten Ausschuss Atomanlagen, aufgrund der derzeitigen Corona-Situation abzusagen. Des Weiteren solle der vorliegende Eilantrag bzgl. des Impfzentrums als neuer Tagesordnungspunkt 3 behandelt werden. Anschließend solle die Beschlussfassung über den Haushalt als Tagesordnungspunkt 4 stattfinden. Er beantragt zudem, dass Sitzungsende auf 18:30 Uhr festzulegen und weist daraufhin, dass der Tagesordnungspunkt 22 „Landschaftsschutzgebietes „Elbhöhen-Drawehn“ vom Kreisausschuss zurückgestellt worden sei und daher von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werden müsse.

KTA Kelm beantragt, die Tagesordnungspunkte, welche als Unterpunkte unter den Tagesordnungspunkten der ehemaligen Gruppe grüneXsoli gestellt worden seien, zu je einem Tagesordnungspunkt zusammenzufassen. Der Vortrag solle von der jeweils federführenden Fraktion erfolgen.

KTA Donat betont, dass der Ausschuss Atomanlagen bereits schon einmal, aufgrund der Corona-Pandemie verschoben worden sei. In einigen Punkten trete nun Zeitverzug ein, sodass er eine Absage des Ausschusses ablehne. Weiterhin würden alle gelten Regelungen hinsichtlich der Corona-Lage eingehalten.

KTA Herzog lehnt eine zeitliche Begrenzung der Sitzung ab. Eine Vielzahl der Tagesordnungspunkte sei in der Vergangenheit bereits verschoben worden, insbesondere der Antrag der ehemaligen Gruppe grüneXsoli im Kreistag vom 12.10.2020: Umsetzung des KT- Beschlusses vom 25.5.20 zur Aufnahme geflüchteter Menschen, insbesondere unbegleiteter Minderjähriger aus griechischen Lagern vor dem Hintergrund des abgebrannten Lagers Moria. Dem Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen stimme er zu. Hintergrund der Dopplung der Tagesordnungspunkte sei, dass man sicherstellen wollte, dass die Tagesordnungspunkte auch dann behandelt würden, sofern die Fraktion Bündnis90/Die Grünen diese Tagesordnungspunkte zurückstellen oder gar nicht befassen wolle. Weiterhin sollten haushaltsrelevante Tagesordnungspunkte noch vor der Befassung des Haushaltes beraten werden. Diese seien die Tagesordnungspunkte „Antrag der SOLI-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 27.10.2020: Sanierung von Radwegen an Kreisstraßen“ und „Antrag von Susanne Guhl (stimmberechtigtes Mitglied) vom 09.10.2020: generelle Übernahme der Kosten für die 3. Kraft in Krippengruppen ab dem Kita-Jahr 2020/2021“. Bezüglich des Tagesordnungspunktes 22 „Landschaftsschutzgebietes „Elbhöhen-Drawehn“ sei es nicht fachgerecht, dass der von der SOLI-Fraktion gestellte Antrag, aufgrund der Zurückstellung im Kreisausschuss ebenfalls nicht beraten werde. Es sei lediglich mehrheitlich empfohlen worden, die Thematik zur weitergehenden Abstimmung zurück an die Samtgemeinde Elbtalau zu verweisen. Diese Abstimmung zwischen der Samtgemeinde Elbtalau und der Gemeinde Neu Dachau habe jedoch bereits stattgefunden. Die Empfehlung des Kreisausschusses sei daher inhaltlich obsolet. Der Antrag der SOLI-Fraktion müsse daher für die heutige Sitzung bestehen bleiben.

KTA von Gottberg beton, die Bedeutung der Haushaltsdebatte zum Ende eines jeden Jahres. Der Beschluss über den Haushalt stelle den wichtigsten Tagesordnungspunkt dar, daher müsse dieser als Tagesordnungspunkt 3 gemäß der Tischvorlage beraten und beschlossen werden.

KTA Gallei schließt sich den Ausführungen von KTA Donat an und ergänzt, dass dieser Antrag im Vorfeld mit dem Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden hätte abgestimmt werden müssen, um gemeinsam eine Lösung zu finden.

Vorsitzender Mertins lässt zunächst über die Absage des Ausschusses Atomanlagen abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 22, Nein-Stimmen: 17, Enthaltungen: 3

Vorsitzender Mertins lässt über den Antrag von KTA Kelm zur Zusammenfassung der genannten Tagesordnungspunkte abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 34, Nein-Stimmen: 1, Enthaltungen: 7

Vorsitzender Mertins lässt über Absetzung des Tagesordnungspunktes 3 „Kosten der Unterkunft“ abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 43, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 0

Vorsitzender Mertins lässt über die Erweiterung der Tagesordnung, um den Tagesordnungspunkt „Eilantrag der CDU-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 07.12.2020: Impfzentrum“ als neuen Tagesordnungspunkt 4 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 43, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 0

Vorsitzender Mertins lässt über den Antrag der AfD-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit Ja-Stimmen: 1, Nein-Stimmen: 39, Enthaltungen: 3

Vorsitzender Mertins lässt über das Vorziehen der Tagesordnungspunkte „Antrag der SOLI-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 27.10.2020: Sanierung von Radwegen an Kreisstraßen“, „Antrag von Susanne Guhl (stimmberechtigtes Mitglied) vom 09.10.2020: generelle Übernahme der Kosten für die 3. Kraft in Krippengruppen ab dem Kita-Jahr 2020/2021“ und „Haushalt 2021; Aussprache und Beschlüsse zum; a. Haushalts sicherungskonzept; b. Stellenplan; c. Haushaltsplan inkl. Mittelfristiger Ergebnis- u. Finanzplanung und Investitionsprogramm für die Jahre 2020 – 2024“ als neue Tagesordnungspunkte 5, 6 und 8 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen mit Ja-Stimmen: 41, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 2

KTA Carmienke ergänzt, dass die Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 22 „Landschaftsschutzgebietes „Elbhöhen-Drawehn“ noch ausstehe. Weiterhin könne der „Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 14.12.2020: Solaroffensive! Jetzt!“ für den zuständigen Fachausschuss gestellt werden. Es bedarf somit keinerlei Behandlung in der heutigen Sitzung.

KTA Herzog bittet um rechtliche Klarstellung, ob der Antrag der SOLI-Fraktion gemäß Tagesordnungspunkt 22.2 „Antrag der SOLI-Kreistagsfraktion Lüchow-Dannenberg am 28.10.2020: Neuabgrenzung des LSG-Gebietes „Elbhöhen-Drawehn im Bereich des Ortsteiles Sammatz: Illegale Bebauungen beenden, Beeinträchtigungen des Altdorfes vermindern, keine dubiosen Vorratsflächen aus dem LSG entlassen“ vom Kreistag zurückgestellt werden könne.

Landrat Schulz äußert, dass die Thematik umfangreich im Kreisausschuss behandelt und aufgrund unterschiedlicher Auffassungen zunächst zurückgestellt worden sei.

Vorsitzender Mertins lässt über die Vertagung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 32, Nein-Stimmen: 9, Enthaltungen: 2

Vorsitzender Mertins lässt über das Sitzungsende um 18:30 Uhr abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 30, Nein-Stimmen: 10, Enthaltungen: 2

Vorsitzender Mertins stellt die Tagesordnung mit den genannten Änderungen fest.

1. Genehmigung des Protokolls der 20. Kreistagssitzung vom 26.10.2020

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Mertins lässt über das Protokoll der 20. Kreistagssitzung vom 26.10.2020 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 38 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 5

2. Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten des Landkreises Lüchow-Dannenberg und Beschlüsse des Kreisausschusses

Landrat Schulz informiert über eine mögliche Auflösung des Zweckverbandes Gesundheitsamt Uelzen-Lüchow-Dannenberg. Der Kreistag des Landkreises Uelzen befasse sich in seiner morgigen Sitzung mit dieser Thematik und werde aller Voraussicht eine Auflösung beschließen.

Landrat Schulz berichtet zudem über die Beschlüsse der nachfolgenden Kreisausschusssitzungen:

Kreisausschuss vom 02.11.2020

- Zweckverband Kreisvolkshochschule Uelzen/Lüchow-Dannenberg – Verlängerung der Zielvereinbarung 2016-2020 auf das Jahr 2021
- Auftragsvergabe Annahme und Verwertung von Grünabfällen vom 01.01.2021 - 31.12.2023
- Zuschlagserteilung und Auftragsvergabe von 18 stationären Geschwindigkeitsmessanlagen im Rahmen des Vergabeverfahrens 31/2020
- Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem Landkreis Lüchow-Dannenberg und der Franz von Prümmer Klinik GmbH über den Beitritt der Franz von Prümmer Klinik GmbH zum Unternehmenskaufvertrag zur Übernahme der Elbe-Jeetzel –Klinik
- Abschluss eines Microsoft Enterprise Agreements

Kreisausschuss vom 16.11.2020

- Zustimmung zum Beschluss des Verwaltungsrates der gAöR Gebäudemanagement Uelzen Lüchow-Dannenberg zur Freistellung des Personalrates
- Zustimmung zum Beschluss des Verwaltungsrates der gAöR Gebäudemanagement Uelzen Lüchow-Dannenberg zur Umsetzung der Organisationsstruktur im Technischen Gebäudemanagement
- Annahme von Sachspenden für den „Zuziehbeutel“ der Agentur Wendlandleben
- Auftragsvergabe Potenzialanalyse „Neue Arbeit“ im Rahmen des BMBF-Verbundvorhabens „WIR! – Sustainable Elbe Valley“
- Auftragsvergabe Beratungsdienstleistung zur Strategieentwicklung für eine resiliente Region in drei Innovationsfeldern „Neue Arbeit“, „Neue Wege“, „Neue Wohnformen“ im Rahmen des BMBF-Verbundvorhabens „WIR! – Sustainable Elbe Valley“.
- Auftragsvergabe Erstellung einer Potenzialanalyse und Machbarkeitsstudie für das Projekt „Biomassehof“ im Landkreis Lüchow-Dannenberg“
- Berufseinstiegsschule an der BBS Lüchow - Herstellung des Einvernehmens zur Einführung der Klasse 2
- Beschulung und Schülerbeförderung an Samstagen
- Beschaffung eines neuen Kolonnenfahrzeuges

Kreisausschuss vom 07.12.2020

- Leasing bzw. Kauf von 8 Dienstwagen
- Entscheidung über die Ausweitung des Pilotprojektes "Biomüllschleusen"
- Leistungen für den Paritätischen zur Finanzierung der Suchtberatungsstelle
- Antrag der Gruppe grüneXsoli im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 21.11.2019: Warum zahlt in DAN fast die Hälfte der TransferleistungsempfängerInnen bei den Kosten der Unterkunft aus dem eigenen Budget zu?
- Auftragsvergabe K 7 von Spithal nach Schnega; Erneuerung der bituminösen Deckschicht

Kenntnis genommen

3. Kosten der Unterkunft

Abstimmungsergebnis: abgesetzt (erledigt) Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

3.1. Antrag der Gruppe grüne X soli im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 21.11.2019: Warum zahlt in DAN fast die Hälfte der TransferleistungsempfängerInnen bei den Kosten der Unterkunft aus dem eigenen Budget zu? 2019/409

3.2. Antrag der SOLI-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 30.11.2020; Warum zahlt in DAN fast die Hälfte der TransferleistungsempfängerInnen bei den Kosten der Unterkunft aus dem eigenen Budget zu? Klärung, warum Bundesregierung und Kreisverwaltung

**4. Eilantrag aller Fraktionen im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 07.12.2020: 2020/727
Impfzentrum**

KTA Carmienieke erläutert den Antrag der Fraktionen.

KTA Herzog stellt in Frage, ob die politischen Verbindungen der Fraktionen auf kommunaler Ebene zur Landesregierung noch bestehen würden. Aus seiner Sicht sei dies nicht der Fall. Es sei im Vorfeld nicht gelungen, die Landesregierung von der Unabdingbarkeit eines Impfzentrums in Lüchow-Dannenberg zu überzeugen.

KTA Dorendorf entgegnet, dass die Problematik in der geringen Anzahl von Impfstoffen liege. Nach einem entsprechenden Verteilerschlüssel entfielen derzeit 300.000 Impfdosen auf das Land Niedersachsen. Dabei müsse jedoch bedacht werden, dass eine Impfung zweimal erfolgen müsse, sodass letztlich lediglich 150.000 Impfdosen übrigblieben. Äußerst problematisch gestalte sich die Lagerung dieser Impfstoffe, da diese in 1000er Chargen geliefert würden und bei -70 Grad zu lagern seien.

KTA Donat fordert, dass das Land Niedersachsen den Entfernungsfaktor berücksichtigen solle.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Vorsitzender Mertins lässt über den Beschlussvorschlag gemäß der Kreisausschussempfehlung abstimmen.

Der Kreistag Lüchow-Dannenberg fordert die Landesregierung auf, für eine unkomplizierte und barrierefreie Möglichkeit zur Impfung gegen das Covid 19- Virus (Corona) zu sorgen. Hierzu ist eine Außenstelle des Impfzentrums Uelzen im Landkreis Lüchow-Dannenberg zu installieren. Wenn dieses nicht erfolgt, muss ein unkomplizierter Transport der Impfwilligen von allen Orten des Landkreises durch öffentliche Verkehrsmittel erfolgen. Die hierzu entstehenden Mehrkosten für den hiesigen ÖPNV sind durch die Landeskasse zu tragen.

Begründung:

Der Kreistag kann die Entscheidung der Landesregierung nicht nachvollziehen, dass im Landkreis Lüchow-Dannenberg keine Außenstelle des gemeinsamen Impfzentrums installiert werden soll, obwohl sich in Dannenberg ein geeigneter Ort dafür befindet. Ein unkomplizierter Zugang zu einer Impfmöglichkeit gerade aus von Uelzen weit entfernten Orten, wie zum Beispiel aus der Samtgemeinde Gartow kann so nicht gewährleistet werden.

Verteiler: Niede. Sozialministerium, Staatskanzlei, örtliche MdLs, Pressverteiler, Zweckverband Gesundheitsamt Uelzen-Lüchow-Dannenberg.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 42 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

**5. Antrag der SOLI-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 27.10.2020: 2020/684
Sanierung von Radwegen an Kreisstraßen**

KTA Klepper erläutert den Antrag der Fraktion. Er selbst habe beim Befahren der Radwege festgestellt, dass diese an vielen Stellen schwer befahrbar seien. Da der Beschlussvorschlag dem Kreisausschuss nicht vorgelegen habe, erläutert er die Empfehlung des zuständigen Fachausschusses. Dieser empfehle dem Kreistag, die Verwaltung zu beauftragen, die Radwege entsprechend zu besichtigen und zu prüfen, ob die finanziellen Mittel für die Sanierung ausreichend seien, um ggfs. eine Mittelanpassung vorzunehmen. Besondere Beachtung gelte dem Abschnitt Spithal bis Schnega (Bahnhof). Dort dürfe kein partielles Flickchen des Radweges erfolgen. Sollten die Mittel nicht auskömmlich sein, seien weitere Mittel bereitzustellen. KTA Klepper führt fort, dass das Leitbild des Landkreises den Ausbau der Radwege priorisiere. Er stelle den Antrag, dass 250.000,- € in den Haushalt 2021 einzuplanen seien. Er betont erneut, dass die Radwege vielfach Gefahrenstellen seien, welche durchaus zu einem Sturz führen könnten, insbesondere würden diese Wege von Schülerinnen und Schülern genutzt.

KTA Siemke merkt an, dass es im Landkreis durchaus weitere, sanierungsbedürftige Radwege gebe. Er schlage einen Beschluss dahingehend vor, dass mit den in der Kostenstelle 421200 zur Verfügung stehenden Restmitteln, die Radwege an der Kreisstraße K 7, K 8 und K 18 fachgerecht saniert würden. Vorrangig sei hierbei der Radwegeabschnitt von Spithal bis zum Bahnhof in Schnega zu betrachten. Die geplante Ausführung der Sanierung sei vorab in der kommenden Sitzung des Ausschusses Bauen, Abfall

und Kreisstraßen vorzustellen. Die von KTA Klepper genannten Gefahrenstellen seien das Geschäft der laufenden Verwaltung. Es sei die Aufgabe des betroffenen Fachdienstes, diese Stellen zu beseitigen.

KTA Dehde schließt sich dem Antrag von KTA Siemke an und ergänzt, dass vielerorts keine Radwege existieren würden.

KTA Herzog weist darauf hin, dass er bereits im Jahre 2014 einen Antrag für die Erstellung eines Radwegkonzeptes eingebracht hätte und dieses beschlossen worden sei. Jedoch habe man diesen Beschluss nicht umgesetzt. Es habe fünf Jahre gedauert, bis der Deichverteidigungsweg an der Jeetzel als Radweg genutzt worden sei.

Landrat Schulz schließt sich dem Antrag von KTA Siemke an. Weiterhin informiert er, dass die erforderlichen Mittel bereits im Haushalt zur Verfügung stünden, da in der Kostenstelle ‚Kreisstraßenunterhaltung‘ derzeit noch 100.000,00 € nicht verausgabte Mittel vorlägen. Er empfehle, in den kommenden zwei bis drei Jahren den Schwerpunkt vorrangig auf die begleitenden Radwege oder deren Neubau, als auf die Kreisstraßen, zu legen.

KTA Henning Schulz stellt in Frage, ob die Prioritäten im Hinblick auf die eingeplanten finanziellen Mittel richtig gesetzt seien. Für die Position der Kreisstraßen sehe der Haushalt ca. 2 Mio € und für den Radwegbau letztlich nur 70.000 € vor. Er halte die vorgeschlagenen 250.000,- € für nicht unangemessen. Der Radwegeausbau und die Mobilität müsse künftig mehr gefördert werden.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Vorsitzender Mertins lässt zunächst über den Antrag der SOLI-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit Ja-Stimmen: 9, Nein-Stimmen: 26, Enthaltungen: 4

Weiterhin lässt **Vorsitzender Mertins** über den Beschlussvorschlag von KTA Siemke abstimmen.

Der Kreistag beschließt, mit den in der Kostenstelle 421200 zur Verfügung stehenden Restmitteln die Radwege an der Kreisstraße K 7, K 8 und K 18 fachgerecht zu sanieren, vorrangig ist hierbei der Radwegeabschnitt von Spithal bis zum Bahnhof in Schnega zu betrachten. Die geplante Ausführung der Sanierung ist vorab in der kommenden Sitzung des Ausschusses Bauen, Abfall und Kreisstraßen vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen: Ja-Stimmen: 31, Nein-Stimmen: 2, Enthaltungen: 6

6. Antrag von Susanne Guhl (stimmberechtigtes Mitglied) vom 09.10.2020: generelle Übernahme der Kosten für die 3. Kraft in Krippengruppen ab dem Kita-Jahr 2020/2021	2020/664
---	----------

KTA Herzog äußert, dass der vorliegende gemeinsame Antrag der Kitaträger zur generellen Übernahme der Kosten für eine dritte Kraft in Krippengruppen ab dem kommenden Jahr ausführlich begründet und berechtigt sei. Er stelle folgenden Änderungsantrag:

Bildungsauftrag für Krippenkinder erfüllen!

Der Kreistag beschließt bei nachgewiesenem Bedarf für die dritte Kraft, die seitens des Landes wegen der Stichtagsregelung nicht bezahlt wird, wird verlässlich über den Defizitausgleich finanziert. Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, unverzüglich die praxisferne Ablehnung der Finanzierung einer dritten Kraft nach dem Stichtag 01.10. eines jeden Jahres fallen zu lassen.

KTA Dehde merkt an, dass sich die Jugendhilfeplanungsgruppe und der Jugendhilfeausschuss ausführlich mit dem Antrag befasst hätten. Dabei habe man übereinstimmend festgestellt, dass die Finanzierung der dritten Kraft, soweit der Bedarf vorläge, bereits erfolge. Einer generellen Kostenübernahme gemäß Antrag könne jedoch nicht zugestimmt werden. Dies müsse weiterhin einzelfallbezogen geprüft werden.

KTA Kelm betont, dass eine generelle Kostenübernahme, aufgrund der Haushaltslage schlicht nicht leistbar sei.

Vorsitzender Mertins lässt über den Änderungsantrag der SOLI-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit Ja-Stimmen: 4, Nein-Stimmen: 36, Enthaltungen: 2

Weiterhin lässt **Vorsitzender Mertins** über die Empfehlung des Fach- und Kreisausschusses abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen: Ja-Stimmen: 38, Nein-Stimmen: 4, Enthaltungen: 0

Dem gemeinsamen Antrag der Kita-Träger auf generelle Übernahme der Kosten für die dritte Kraft in Krippengruppen ab dem laufenden Kita Jahr 2020/2021 kann aufgrund der defizitären Haushaltssituation nicht entsprochen werden. Ersatzweise sollen bedarfsgerechte Einzelbeschlüsse getroffen werden.

7. Einwohnerfragestunde (vorauss. 16.00 Uhr)

Vorsitzender Mertins eröffnet die Einwohnerfragestunde um 16:00 Uhr.

Herr Bernd Rübsam-Wassong aus Hitzacker erfragt, ob es möglich sei, die Schülerbeförderung an die Konzepte, welche im Masterplan Klimaschutz 2050 enthalten seien, anzupassen. Insbesondere möchte er wissen, ob eine Entzerrung der Schüleranzahl in den Bussen durch die Staffellungen des Unterrichtsbeginns möglich sei.

Landrat Schulz antwortet, dass seitens des Kreistages eine Prüfung zur Staffellung der Schulanfangszeiten beschlossen worden sei. Von der Landesschulbehörde sei bereits zugesagt, dass es möglich sei, den Unterrichtsbeginn in der Zeit von 7:30 Uhr bis 8:30 Uhr stattfinden zu lassen. Hierfür liege ein Konzept vor, welches zur Entflechtung des morgendlichen Verkehrs und zu Kosteneinsparungen führen könne. Dieses befinde sich in der Abstimmung mit den Schulen. Die Einführung sei frühestmöglich für das Schuljahr 2021/2022 geplant.

Herr **Horst Baumhauer** möchte wissen, wie sich die besagte Nichtzuständigkeit des Landkreises bezüglich des Mobilfunkausbaus 5-G rechtlich belegen lasse und wer zur Haftung bei Schäden herangezogen werden könne, insbesondere bei gesundheitlichen Schäden.

Landrat Schulz schildert, dass im Rahmen des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes, die Kommune örtliche Anliegen selbst regeln könne. Das Telekommunikationsrecht liege jedoch nicht innerhalb der Aufgaben der Kommunen. Die Zuständigkeit liege bei der Bundesnetzagentur und den Telekommunikationsunternehmen. Die Kommunen hätten äußerst begrenzte Möglichkeiten zur Beeinflussung des Ausbaus des Mobilfunknetzes, u.a. der Standorte der Sendemasten. Gegebenenfalls sei eine Kontrolle der Abstände zu den Wohnhäusern über die Bauleitplanung möglich. Explizite Standorte könnten jedoch nicht beeinflusst werden.

Frau Mörseburg Baumhauer erfragt, auf welcher rechtlichen Grundlage der Kreistag seine Verantwortung für die Daseinsvorsorge in Bezug auf Mobilfunk/Gesundheitsvorsorge an die Industrie delegieren könne.

Vorsitzender Mertins erklärt, dass die Frage unter dem Tagesordnungspunkt 11 „Mobilfunk 5G“ beantwortet werde.

Frau Brammer erfragt, woher das Wasser aus den Teichen in Sammatz stamme und ob dieses der Umgebung entzogen werde.

Vorsitzender Mertins erklärt, dass der Tagesordnungspunkt abgesetzt worden sei und eine Beantwortung daher nicht erfolge.

Vorsitzender Mertins schließt die Einwohnerfragestunde um 16:29 Uhr.

8. Haushalt 2021; Aussprache und Beschlüsse zum; a. Haushalts sicherungskonzept; b. Stellenplan; c. Haushaltsplan inkl. Mittelfristiger Ergebnis- u. Finanzplanung und Investitionsprogramm für die Jahre 2020 - 2024 2020/713

FDL Erlebach erläutert die Sitzungsvorlage und die Eckdaten des Haushaltes 2021. Erträge i. H. v. ca. 133,6 Mio € stünden Aufwendungen i. H. v. ca. 138,2 Mio € gegenüber. Der Haushalt weise dabei, insbesondere einen Corona bedingten Fehlbetrag i. H. v. 4,6 Mio € aus. Einnahmen i. H. v. 5,7 Mio € stünden Ausgaben i. H. v. 9,6 Mio € gegenüber. Das daraus resultierende Defizit i. H. v. 3,9 Mio € müsse in der Folge durch Kredite abgedeckt werden. Nennenswerte Verschlechterungen habe es in dem Bereich der Kreisumlage und des Finanzausgleiches sowie in den Bereichen des Jugend- und Straßenverkehrsamtes, des Rettungsdienstes und der Zentralen Dienste gegeben. Eine Erhöhung der Kreisumlage sei nicht vorgesehen. Aufgrund des Fehlbetrages sei der Landkreis verpflichtet, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Jedoch sei mit der Einführung des § 182 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes die Möglichkeit gegeben, sofern der Haushaltsausgleich auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie zurückzuführen sei, auf ein Haushaltssicherungskonzept zu verzichten. Mit dem vorliegenden Haushaltsplan werde der Landkreis von dieser Möglichkeit entsprechend Gebrauch machen.

KTA Herzog äußert, dass der Landkreis Lüchow-Dannenberg in den 90iger Jahren hohe Defizite aufgewiesen habe. Ursächlich seien die fehlende Strukturpolitik des Landes Niedersachsen und ein Finanzausgleich, welcher dem Grundgesetz widersprochen habe. Des Weiteren habe der Landkreis weitere Aufgaben zugewiesen bekommen, für welche die Bedarfszuweisungen keinen Ersatz darstellen würden. Der Zukunftsvertrag sei ein Eingeständnis der Jahrzehnte langen Versäumnisse. Bei derzeitigen 90%igen Pflichtaufgaben seien nun schlicht keine weiteren Einsparungen möglich. Diese würden zudem nicht in der Form ausgeführt werden, wie es tatsächlich erforderlich sei. Der Haushalt sehe nach wie vor im Bereich der Migranten und Asylbewerber eine Zahlung des Landes Niedersachsen von 700.000,00 € vor, welche darüber hinausgehe, was der Landkreis tatsächlich einsetze. Diese würden nicht zweckgebunden in den allgemeinen Haushalt des Landkreises eingehen. Aus seiner Sicht sei angebracht, einen Teil dieser Zahlungen für die Sanierungen von Wohnungen einzusetzen, welche den Migranten und Asylbewerbern sodann zur Verfügung gestellt würden. Er kritisiert, dass der Haushalt für den Klimaschutz keine Position vorsehe. Er stelle daher den Antrag, für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen finanzielle Mittel i. H. v. 300.000,00 € in den Haushalt einzustellen. Für den Bereich der Migranten und Asylbewerber beantrage er, dass von der Zahlung des Landes Niedersachsen i. H. v. 700.000,00 € Mittel für die Renovierung und Sanierung von Wohnungen oder zur Unterbringung in größere Immobilien aufgewandt werden. Weiterhin verweist er auf den bestehenden Antrag gemäß der Tischvorlage.

KTA Kelm bedankt sich zunächst bei der Verwaltung für die Erarbeitung des Haushaltes. Er erklärt, dass der Haushalt, aufgrund der Corona-Pandemie zusätzlich belastet werde und bemängelt, dass dieser lediglich einige wenige Positionen zum Klimaschutz beinhalte. Die Forderung von KTA Herzog, 300.000,00 € für die Umsetzung von Maßnahmen des Klimaschutzes einzusetzen, sei vor dem Hintergrund der unklaren Mitteldeckung nicht zielführend. Er beantrage daher, dass die Dividenden aus den Avacon-Aktien der Klimaschutzleitstelle zur Verfügung gestellt werden.

KTA Carmienke erklärt, dass die Gruppe Elbe-Wendland dem vorgelegten Haushaltsplan zustimmen werde. Das genannte Defizit sei zweifelsfrei auf die Corona-Pandemie zurückzuführen. Zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung sei der Haushaltsplan in dieser Form erforderlich.

KTA Wiegreffe weist darauf hin, dass die gestellten Anträge auch realisierbar sein müssten. Aus seiner Sicht müssten mehr finanzielle Mittel für den Klimaschutz bereitgestellt werden, jedoch sei dies aufgrund der Haushaltslage nicht möglich. Der Landkreis müsse sich auf harte Einschränkungen einstellen. Die Gewerbe- und Einkommenssteuer und die damit verbundene Kreisumlage werde sich im kommenden Jahr stark rückläufig entwickeln. Die Ausgaben dürften somit nicht überzogen werden. Bedenklich zeige sich eine rasante Entwicklung im Bereich der Jugendhilfe. Es müsse auch eine Änderung des Finanzausgleiches mit dem Land Niedersachsen in Betracht gezogen werden. Man müsse vorrangig in die Schulen, Radwege und die digitale Struktur investieren. Dabei müsse der Klimaschutz die tragende Säule der Investitionen darstellen.

KTA Fathmann empfindet die Ausgaben im Bereich des ÖPNV i.H.v. 6,5 Mio € als äußerst enorm. Es sei daher erforderlich, dass die Schulanfangszeiten entsprechend geändert und Einsparungen regeneriert würden. Es müsse für den Bereich der Kindertagesstätten und Schulen standardisierte Modelle eingeführt werden. Die Bürgerliste werde dem vorgelegten Haushalt zustimmen.

KTA von Gottberg dankt ebenfalls zunächst der Verwaltung für die Erstellung des Haushaltes. Er widerspricht den Ausführungen von KTA Herzog, dass die Pflichtaufgaben nicht erfüllt würden. Die Pflichtaufgaben würden durchaus im Rahmen der gesetzlichen Anforderungen erfüllt. Die Erhaltung der Selbstständigkeit des Landkreises habe die oberste Priorität, daher müsse der Landkreis äußerst sparsam handeln. Der vorgelegte Haushalt trage dem Rechnung. Er betont, dass für den von KTA Herzog gestellten Antrag konkrete Finanzierungsvorschläge vorgelegt werden müssten. Eine Erhöhung der Kreisumlage lehne er strikt ab. Der im Haushalt enthaltene personelle Stellenzuwachs sei bedauerlich, jedoch auch maßvoll. Die AfD-Fraktion werde dem vorgelegten Haushalt zustimmen.

Vorsitzender Mertins lässt über die Anträge der SOLI-Fraktion abstimmen.

Es werden zusätzlich 300.000,00 € für den Klimaschutz in den Haushalt eingestellt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit Ja-Stimmen: 4, Nein-Stimmen: 31, Enthaltungen: 8

Von den mehrgezählten Mitteln i.H.v. 700.000,00 € werden 100.000,00 € für die Sanierung von Wohnungen, welche der Flüchtlingsunterbringung dienen sollen, bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit Ja-Stimmen: 4, Nein-Stimmen: 34, Enthaltungen: 5

Der Kreistag beschließt, 250 000 Euro in den Haushalt 2021 für die Planung und für eine grundlegende Sanierung (kein oberflächliches Flicken) der Radwege an den Kreisstraßen K7, K8, K18 einzustellen. Begonnen werden soll mit dem Radweg an der Kreisstraße Bahnhof Schnega - Spithal. Gegebenenfalls werden finanzielle Mittel aus dem Budget "Sanierung von Kreisstraßen" genommen. Der Kreistag beschließt, dass schnellstens die besonders bedrohlichen Gefahrenstellen (Wurzelaufbrüche, Absackungen) auf den Radwegen an den Kreisstraßen K7, K8, K18 durch den Bauhof beseitigt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit Ja-Stimmen: 9, Nein-Stimmen: 32, Enthaltungen: 2

In Bezug auf den Antrag von KTA Kelm teilt **Landrat Schulz** mit, dass der Landkreis über Avacon-Aktien verfüge, welche seinerzeit der GWBF bei deren Gründung als Eigenkapital zur Verfügung gestellt worden seien. Dies unter der Maßgabe der Verzinsung. Aus betriebsinternen Gründen seien diese Dividenden in den vergangenen Jahren deutlich höher ausgefallen, als in den Jahren zuvor. Von Wirtschaftsprüfern habe es bereits eindeutige Hinweise gegeben, dass vor dem Hintergrund der 0-Zins-Phase, eine vom Landkreis geforderte Verzinsung von 14 %, aufgrund der deutlich erhöhten Dividende, nicht vertretbar sei. Daraus hätten sich die überschüssigen Finanzmittel in der Wirtschaftsförderung – GWBF– ergeben. Für ein Jahr habe der Kreisausschuss beschlossen, diese Mittel zugunsten des Klimaschutzes einzusetzen. Seinerzeit sei man davon ausgegangen, dass es sich um eine einmalige Dividendenausschüttung handle. Es habe sich gezeigt, dass diese Situation nun ebenfalls in den letzten Jahren eingetreten sei, sodass durchaus unter dem Tagesordnungspunkt 13 „Anweisung der VertreterInnen des Landkreises in den Gremien der GWBF“ beraten werden könne, wie mit den erhöhten Ausschüttungen zu verfahren sei. Sofern die Mittel in den Kreishalt fließen sollten, sei eine Kapitalsteuer i.H.v. 30 % zu leisten. Eine gänzlich abschließende steuerrechtliche Prüfung, ob diese Mittel zweckgebunden für den Klimaschutz verwendet werden könnten, stehe derzeit noch aus. Der Gesellschaftervertrag der GWBF sehe im § 2 vor, dass die Gesellschaft im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 21 hinwirke. Diese Formulierung müsse sodann ermöglichen, im Sinne des Klimaschutzes mit eigenen Maßnahmen tätig zu werden, sodass eine Beschlussfassung unter Tagesordnungspunkt 13 „Anweisung der VertreterInnen des Landkreises in den Gremien der GWBF“ möglich erscheine.

KTA Kelm zieht seinen gestellten Antrag zurück.

Vorsitzender Mertins lässt über den Beschlussvorschlag gemäß der Sitzungsvorlage abstimmen.

In der von der Verwaltung vorgelegten Form werden beschlossen bzw. festgesetzt:

1. **der Verzicht auf ein Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2021**
2. **die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021**
3. **die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2020 bis 2024**
4. **das Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2024**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 35 Nein-Stimmen: 4 Enthaltung: 2

9. Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 09.06.2020: 2020/555 Gegen einen dreispurigen Ausbau der Bundesstraße 248 zwischen der Abzweigung Müggenburg bis zum Grabower Heidberg!

KTA Vorsitzender Mertins eröffnet den TOP und übergibt das Wort an KTA Pape.

KTA Pape erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Dieser Antrag sei auf den Ausbau der B 248 zwischen Müggenburg und dem Grabower Heidberg zurückzuführen. In Grabow habe sich eine Bürgerinitiative gegründet, welche zwischenzeitlich über 1.000 Unterschriften gesammelt habe. In der Vergangenheit hätten zwei Demonstrationen, Ausschusssitzungen und Gespräche mit der Straßenbaubehörde stattgefunden. Insgesamt ginge es um die Beschleunigung der Strecke und den Bau eines Kreisverkehrs auf der Höhe von Lüssen. Es gebe eine Vielzahl von Gründen, welche dagegensprechen würden. Er erklärt, dass er seinen Beschlussvorschlag zurückziehe und sich dem Vorschlag des Landrates anschließe. Er unterbreitet den Kompromiss, den letzten Absatz zu streichen und empfiehlt stattdessen, dass der Landkreis fordere, dass bei weiterer bestehender Planungsabsicht eine Alternativplanung vorzulegen sei, insbesondere, dass die Kreisverkehrsplanung im Lüsener Grund überprüft werde.

KTA Kelm äußert, dass der Kreistag beschließen solle, dass die vom Landkreis Lüchow-Dannenberg initiierte, grundsätzlichen Planungen zur Ertüchtigung des Straßenzuges im Verlauf der B 248 und B 248 a sowie B 216 zwischen Lübbow und Lüneburg neu diskutiert würden. Er beantrage, dass der Kreistag Lüchow-

Dannenberg die zuständigen Stellen des Landes auffordere, die bisher für den Straßenabschnitt zwischen Lüchow, Grabow und B 248 bekanntgewordenen Planungsvariante aufzugeben. Er schlägt stattdessen vor, dass bei weiterer bestehender Planungsabsicht, den Planbereich auszudehnen. Vom Plater Kreisel bis zum Ortseingang Grabow und in dem Bereich zwischen Lüchow und Grabow sollten die Querungen der vielbetreffenen Ortsanbindungen zu den gegenüberliegenden Nutzflächen mit Abbiegespuren ausgebaut werden. Er beantrage gemeinsam mit der Bürgerliste, dass der Landkreis sich aktiv für eine schrittweise Reaktivierung der Jeetzel-Tal-Bahn zwischen Dannenberg-Lüchow-Wustrow einsetze und dabei die Streckeneigentümer und Initiativen unterstütze. Der dreispurige Ausbau der B 248 werde aufgegeben. Im Hinblick auf den Klimaschutz sei der Ausbau von Straßen kontraproduktiv. Der Rad- und Bahnverkehr müsse gefördert und der Individualverkehr gesenkt werden.

KTA Schaper-Biemann fragt nach, ob bei den Abbiegespuren auch der Bau von Brücken in Betracht käme.

KTA Kelm betont, dass dies nicht der Fall sei und dies explizit in den Antrag aufgenommen werden könne.

KTA Herzog äußert, dass eine nachhaltige Verkehrspolitik betrieben werden müsse. Dabei seien zunächst die Ursachen zu betrachten, u. a. widersinnige Warenströme. Er verweist zudem auf die Seite 42 des Verkehrsgutachten aus dem Jahre 2008. Es ergebe sich auf der Strecke von Lüneburg nach Lübbow eine Gesamtersparnis unter Durchführung aller geplanter Maßnahmen von 68 Sekunden. Dies sei im Hinblick auf den Klimanotstand keineswegs akzeptabel. Er beantragt, den Verweis des Tagesordnungspunktes in den zuständigen Fachausschuss.

KTA Hensel spricht sich für einen Ausbau des Straßen- und Schienenverkehrs aus, sofern dieser einen verkehrlichen Mehrwert für den Landkreis ohne jegliche Eingriffe in die Natur bringe. Der genannte dreispurige Ausbau zähle jedoch nicht darunter. Es gebe hierfür keinerlei Bedarf. Er verweist auf den gemeinsamen Antrag mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Vorsitzender Mertins lässt über den Antrag der SOLI-Fraktion zum Verweis des Tagesordnungspunktes in den zuständigen Fachausschuss unter der Maßgabe einer nachhaltigen Verkehrspolitik abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt Ja-Stimmen: 4, Nein-Stimmen: 33, Enthaltungen: 6

Vorsitzender Mertins lässt über den von KTA Kelm vorgetragenen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Bürgerliste abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt Ja-Stimmen: 9, Nein-Stimmen: 21, Enthaltungen: 9

Vorsitzender Mertins lässt über den Antrag der Gruppe Elbe-Wendland abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 21, Nein-Stimmen: 11, Enthaltungen: 7

Der Kreistag bekräftigt, dass er nach wie vor zu der ganz wesentlich vom Landkreis Lüchow-Dannenberg initiierten grundsätzlichen Planung zur Ertüchtigung des Straßenzuges im Verlaufe der B 248 / B 248 a + B 216 zwischen Lübbow und Lüneburg steht.

Der Kreistag stellt dazu fest, dass die notwendigen Querungen im Zuge der Ortsumgehung Dahlenburg höhenfrei hergerichtet wurden, demgegenüber schon in Ortsnähe von Salzwedel aber insbesondere im Ortsbereich von Lüchow eine Reihe von höhengleichen Kreiseln errichtet wurden.

Der Kreistag stellt ferner fest, dass bereits die Ortsumgehung Lüchow zur Planungs- und Ausbauphase einem Spardiktat unterworfen wurde und es damit nicht sachgerecht sowohl an einer dritten Überholspur als auch an einem begleitenden Fahrradweg fehlt.

Der Kreistag stellt ferner fest, dass Kreisel wohl für den tempolimitierten Ortsbereich beim Zusammentreffen gleichrangiger Straßenzüge noch geeignet sein mögen, nicht aber auf der freien Strecke, wenn man der Zügigkeit und Leichtigkeit des übergeordneten Verkehrs einerseits und den Anliegerinteressen andererseits gerecht werden will.

Der Kreistag fordert deshalb die zuständigen Dienststellen des Landes Niedersachsen auf, die bisher für den Straßenabschnitt zwischen Lüchow und Grabow der B 248 bekannt gewordene Planungsvariante zu überdenken und insbesondere eine Alternativplanung insbesondere für den Kreisel zu überprüfen.

10. Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogrammes

KTA Dorendorf erläutert den Änderungsantrag gemäß der Tischvorlage.

KTA Herzog schildert, dass der vorliegende Antrag einer umfassenden Betrachtung bedürfe. Das vorherige Raumordnungsprogramm hätte eine Laufzeit von 20 Jahren gehabt. Es werde ein Programm aufgestellt, in welchem umfassend der Zeithorizont bis zum Jahre 2040 betrachtet werden müsse, um entsprechende Ziele festzulegen. Diese gingen jedoch aus dem Antrag nicht hervor. Er erläutere den Änderungsantrag vom 25.11.2020, welcher Bestandteil der Sitzungsunterlagen gewesen ist.

KTA Henke bittet zu beachten, dass ein bestehendes Raumordnungsprogramm vorliege. Die Öffnungen der Wälder und Landschaftsschutzgebiete für Windenergieanlagen würden äußerst emotionale Themenschwerpunkte darstellen, welche zum derzeitigen Zeitpunkt unnötiges Konfliktpotenzial bieten würden. Der Landkreis habe bereits Vorranggebiete für Windenergie ausgewiesen. Derzeit sei die künftige Entwicklung der Windenergie unklar. Aus seiner Sicht werde ein planloser Zubau durch die Regierung vorangetrieben ohne jegliche Vernetzungen, Speichermöglichkeiten und Stromleitungen. Mit heutigem Stand müsse zunächst abgewartet werden, ob sich für die bestehenden Gebiete Betreiber finden ließen. Der Antrag verursache zum derzeitigen Zeitpunkt lediglich Kosten und Konfliktpotenzial, daher lehne die AfD-Fraktion den Antrag ab.

KTA Kelm begrüßt, dass der Kreistag mit dem vorliegenden Änderungsantrag die Förderung von Erdgas, Fracking, sowie die CO₂- Verpressung ablehne und sich für den Ausbau von erneuerbaren Energien einsetze. Er stellt fest, dass im vorliegenden Antrag die atomare Endlagerung im Landkreis Lüchow-Dannenberg ausgeschlossen werde. Sofern der Landkreis jedoch eine offene Endlagersuche anstrebe, bedeute dies letztlich auch, dass ein Standort in Lüchow-Dannenberg möglich sein könne.

KTA Klepper betont, dass u. a. mit der Umsetzung von Natura 2000-Gebieten erreicht werden solle, dass Gebiete, insbesondere aus ökologischen Gründen geschützt würden. Der Schwerpunkt müsse künftig auf der ökologischen Vielfalt und Artenvielfalt liegen. Der Schwerpunkt des Antrages basiere auf den erneuerbaren Energien, jedoch sei für den Klimaschutz die Reduzierung des Konsums maßgeblich.

KTA Wiegreffe äußert, dass erneuerbare Energien sorgfältig erzeugt werden müssten. Dafür sei ein einheitliches Konzept erforderlich. Er betont, dass die bisherigen Standorte weiterhin erhalten bleiben müssten.

KTA Schöning ergänzt, dass die Einbeziehung der Landschaftsschutzgebiete in der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht mehrheitsfähig sei und die Fraktion sich daher zu diesem Punkt enthalten werde.

KTA Carmienieke beantragt den Schluss der Debatte gemäß der Geschäftsordnung.

Vorsitzender Mertins informiert, dass eine 2/3 Mehrheit erforderlich sei.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit Ja-Stimmen: 24, Nein-Stimmen: 13, Enthaltungen: 0

Vorsitzender Mertins stellt fest, dass eine 2/3 Mehrheit nicht vorliege.

KTA Donat betont, dass eine Demokratie von Diskurs und Debatte lebe. Für eine derartige Debatte sei eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung erforderlich. Es müssten tragfähige und nachhaltige Lösungen gefunden werden.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Vorsitzender Mertins lässt über den Antrag der SOLI-Fraktion abstimmen.

Die Ziele des Plangebers Landkreis für das RROP entsprechen den im Masterplan 100% Klimaschutz, in Leitbild und Hauptsatzung festgelegten Leitsätzen und Grundlagen.

Anstatt eines gerade zu Beginn bisher nichtöffentlichen Verfahrens zur Fortschreibung des RROP beschließt der Kreistag ein öffentliches, transparentes Verfahren zusammen mit der Bevölkerung durchzuführen.

Anstatt Teilbereiche unzusammenhängend zu beraten, beschließt der Kreistag ein ganzheitliches, inhaltlich vernetzendes Verfahren.

Erneuerbare Energien werden nur behutsam und angepasst im regionalen Kontext ausgebaut,

bestehende Anlagen soweit möglich in ihrem Bestand gesichert. Unterschiedliche Energieträger müssen vernetzt und systematisch dem Bedarf angepasst werden. Dabei ist darauf zu achten, dass Mensch und Umwelt geschützt werden. Investitions- und Betreibergesellschaften von außen schaffen keine regional verträgliche Struktur, die nachhaltig die Region entwickelt.

Ausgehend von neu zu schaffenden demokratisch-kommunalen Strukturen wie einer kommunalen Ressourcen- und Energie-Gesellschaft wird dabei der zunehmenden Klimakatastrophe Rechnung getragen und insbesondere die im Leitbild verankerte Entwicklung einer Modellregion Suffizienz umgesetzt.

Um aktiven Artenschutz zu betreiben und die Biodiversität, wie im Leitbild vorgegeben, zu schützen, ist von großflächigen Entlassungen aus dem Landschaftsschutz abzusehen. Stattdessen sind Grundsätze und Strategien zu entwickeln, die dem dramatischen Arten-Rückgang entgegenwirken. Versiegelung ist einzudämmen und auszugleichen.

An die Stelle von wachsendem Verbrauch sensibler Landschaftsressourcen müssen vernetzende Handlungsmaximen wie Stoffstrom- und Last- und Speicher-Management treten.

Atomare Endlagerung, Erdgasförderung, Fracking und CO₂-Verpressung werden ausgeschlossen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt Ja-Stimmen: 4, Nein-Stimmen: 29, Enthaltungen: 9

Vorsitzender Mertins lässt über den Antrag von der Gruppe Elbe-Wendland abstimmen.

Der Kreistag beauftragt die Kreisverwaltung die 1. Änderung des RROP, hier sachlicher Teilabschnitt Windenergie, nochmals zu überprüfen um entsprechende Flächengrundsätze aus dem neuen LROP zu erfüllen. Dazu gehören noch unter Schutz stehende Freilandflächen sowie Waldflächen (monokulturelle Forstflächen) die künftig als Potenzialflächen für Windenergieanlagen zur Verfügung stehen könnten, in die Betrachtung und Untersuchung aufzunehmen. Für den Eingriff bei Wind im Wald muss an anderer Stelle eine angemessene Fläche als Kompensationsfläche genutzt werden.

Es sollten auch geeignete Flächen innerhalb des LSG „Elbhöhen-Drawehn“, welches ein explizites Bauverbot ausspricht, zur Ausweisung in Betracht kommen. Bei den LSG Flächen „Elbhöhen-Drawehn“ sind die weichen Tabukriterien zu streichen. Auch Ansätze zur Erleichterung des Repowering bei gleicher Größe der Windräder mit der aktuellen Leistungsstärke für bereits planerisch gesicherte Standorte müssen nochmals betrachtet werden.

Mögliche Speicherung aus regenerativer Energieerzeugung, dazu gehört auch die Erzeugung von Wasserstoff und Batteriespeicher, Photovoltaik Gebäude- und Freilandanlagen als Solarkraftwerk sowie Geothermie, sollte außerdem in die Gesamtbetrachtung der Raumordnung als zukunftsweisende, klimaschonende Energieversorgung einfließen. Dabei kann die Agro- Photovoltaik eine große Rolle spielen.

Die Förderung von Erdgas, Fracking, sowie die CO₂- Verpressung lehnt der Kreistag ab.

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg setzt sich für den Ausbau der erneuerbaren Energien ein, daher sind alle Gemeinden/Samtgemeinden aufgefordert dieses in Ihrer Bauleitplanung zu berücksichtigen. Zum Beispiel sollen die Ausrichtung der Dächer beachtet und/oder den Bau von Photovoltaik- Anlagen verpflichtet werden.

Die Landes- und Bundesebene wird aufgefordert die rechtlichen Möglichkeiten dazu zu erweitern.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 21 Nein-Stimmen: 11 Enthaltung: 10

10.1. Antrag der Gruppe Elbe-Wendland im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 29.06.2020: Fortschreibung des RROP	2020/569
---	----------

10.2. Antrag der SOLI-Kreistagsfraktion vom 28.10.2020: Fortschreibung des RROP: Ganzheitliches öffentliches Verfahren statt aktionistischem Stückwerk und Lobby-Politik
--

Vorsitzender Mertins bedankt sich bei den Teilnehmern und schließt die Sitzung um 18:48 Uhr.

Landrat Schulz

Vorsitzender Mertins

Protokollführung